

Seiteneinsteiger in den Bundestag. Eine Analyse von Cross-Over-Karrieren 1949 bis 2009

Moritz Küpper und Georg Wenzelburger

Charles M. Huber und *Florian Simbeck* sind Schauspieler. *Huber* in der öffentlich-rechtlichen Fernsehserie „Der Alte“, *Simbeck* als Teil des Comedy-Duos „Erkan&Stefan“ auf den TV-Kanälen der Privaten. Nun wollen beide Politiker werden: *Huber* tritt im Bundestagswahlkampf 2013 für die CDU in Darmstadt an, *Simbeck* will für die SPD den bayerischen Wahlkreis Pfaffenhofen/Freising/Petershausen gewinnen – zwei Seiteneinsteiger auf dem Weg nach Berlin. Kein ungewöhnliches Bild: Bei der Bundestagswahl 2005 gelang beispielsweise dem Universitätsprofessor für Gesundheitsökonomie, *Karl Lauterbach*, für die SPD der Sprung ins Parlament, und bei der Wahl zuvor zog der ehemalige Kunstturner *Eberhard Gienger* für die CDU in den Bundestag ein. Die Liste ließe sich fortsetzen, doch angesichts der regelmäßig wiederkehrenden öffentlichen Debatte über Seiteneinsteiger in die Politik überrascht, dass der politikwissenschaftliche Forschungsstand erhebliche Lücken aufweist. Das Wissen über Seiteneinsteiger speist sich hauptsächlich aus qualitativen Einzelfallstudien, die Karriereverläufe prominenter Politiker nachzeichnen¹, oder aus breiter angelegten Analysen von Karriereverläufen, die die Frage des Zugangs von Quereinsteigern in die Politik als Seitenaspekt betrachten². Der vorliegende Beitrag will diese Forschungslücke mit einer systematischen Analyse aller Seiteneinsteiger in den Deutschen Bundestag verkleinern. Hierzu wurden die Karrieren aller Abgeordneten zwischen 1949 und 2009 untersucht. Um herauszufinden, welche Merkmale Seiteneinsteiger auszeichnen, wenn man sie mit ‚normalen‘ Bundestagsabgeordneten vergleicht, ist eine eindeutige Definition eines Seiteneinsteigers erforderlich. *Dietrich Herzog* hat im Zuge seiner einflussreichen Studien drei Karrieremuster identifiziert, darunter die „cross-over“-Karriere.³ Diese könnte man mit einer Seiteneinsteiger-Laufbahn gleichsetzen, da *Herzog* darunter einen direkten Wechsel in eine politische Führungsposition ohne vorherige Laufbahn in einer Partei oder Erfahrung in Wahlämtern versteht. Allerdings sind die Kriterien wie auch die Begrifflichkeit nicht klar ausgearbeitet. Im Zuge seiner ersten Studie verwendet *Herzog* dafür den Begriff der politischen „Blitzkarriere“, ab 1997 spricht er von „Quereinsteigern“.

Hier wird der Begriff des Seiteneinsteigers äquivalent zum Begriff des Quereinsteigers verwendet und wie folgt definiert: Grundvoraussetzung für die Bezeichnung als Seiteneinsteiger ist (1) der Wechsel in eine politische Funktion, der (2) auf hohem Niveau, in diesem Fall durch die erfolgreiche Wahl in den Bundestag, erfolgen muss. Zudem muss die Person zuvor (3) eine Karriere in einem politikfernen Beruf gemacht haben. Neben diesen Voraussetzungen lassen sich Quereinsteiger über eine negative Auswahl anhand zweier Ausschlusskriterien bestimmen: Es handelt sich um Personen, die vor ihrem Wechsel in die Politik (4)

- 1 Vgl. *Robert Lorenz / Matthias Micus* (Hrsg.), Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie. Göttinger Studien zur Parteienforschung, Wiesbaden 2009.
- 2 Vgl. *Dietrich Herzog*, Politische Karrieren – Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975; *Andreas K. Gruber*, Der Weg nach ganz oben. Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker, Wiesbaden 2009.
- 3 Vgl. *Dietrich Herzog*, a.a.O. (Fn. 2).

weder eine sogenannte Ochsentour innerhalb einer Partei absolviert noch (5) Erfahrung in einer politischen Funktion gesammelt haben. Für eine Einordnung eines Abgeordneten als Seiteneinsteiger müssen alle fünf Kriterien erfüllt sein. So definiert stellen Seiteneinsteiger eine klar abgrenzbare Gruppe unter den Bundestagsabgeordneten dar und können im Vergleich zu ihren Kollegen auf ihre Besonderheiten hin untersucht werden.

1. Seiteneinsteiger in der deutschen Politik – Überblick über ein wenig untersuchtes Forschungsfeld

Der wissenschaftliche Forschungsstand⁴ ist von wenigen Einzelfallanalysen geprägt, wobei das Phänomen Seiteneinstieg häufig nur ein Teilaspekt von breiteren Untersuchungen von Karriereverläufen in der Politik darstellt.⁵ Soweit ersichtlich haben sich in der deutschen Literatur explizit bislang nur zwei Studien mit dem Thema befasst: eine Porträt-Sammlung aus dem Jahr 2009⁶ sowie die Dissertation von *Moritz Küpfer* über Seiteneinsteiger-Karrieren in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 2009⁷, auf der dieser Beitrag fußt.

Robert Lorenz und *Matthias Micus* wählen einen biografischen Ansatz und analysieren die Karrieren von 23 bekannten Politikern, die „unkonventionelle“ Verläufe aufweisen. Wie die Autoren zur Auswahl dieser 23 Politiker als Seiteneinsteiger kommen, ist jedoch nicht vollständig transparent⁸, weshalb die Ergebnisse der Studie eher als schlaglichtartige Einblicke zu verstehen sind und nicht als Resultate einer systematisch angelegten wissenschaftlichen Untersuchung. Interpretiert man die Ergebnisse der Porträts jedoch auf diese Weise, so beinhalten sie durchaus wertvolle Hinweise auf mögliche spezifische Merkmale von Seitenein-

- 4 Neben den wenigen wissenschaftlichen Studien gibt es auch immer wieder einzelne Werke zu bestimmten Berufsgruppen – zum Beispiel: *Christian Jansen*, Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschulen 1914 – 1935, Göttingen 1992 – und Erfahrungsberichte einzelner Seiteneinsteiger: exemplarisch genannt seien *Carl Christoph Schweitzer*, Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1979; *Rita Süßmuth*, Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Meine Erfahrungen in der Politik, München 2000; *Cornelie Sonntag-Wolgast*, Willst Du Dir das wirklich antun? Als Journalistin in die Politik, Heide 2008.
- 5 Siehe hierzu etwa *Michael Blitz* / *Louise Krasniewicz*, Why Arnold Matters. The Rise of a Cultural Icon, New York 2004; *David T. Cannon*, Actors, Athletes and Astronauts. Political Amateurs in the United States Congress, Chicago/London 1990; *Ann Conley* / *David Schultz*, Jesse Ventura and the Brave New World of Politainer Politics, in: *Journal of American & Comparative Cultures*, 23. Jg. (2000), H. 3, S. 49 – 59; *Herbert Dachs* / *Peter Gerlich* / *Wolfgang C. Müller* (Hrsg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995; *Darrel M. West* / *John Ormann*, Celebrity Politics, New York 2003; *David Alan Stockman*, Der Triumph der Politik. Die Krise der Reagan-Regierung und ihre Auswirkung auf die Weltwirtschaft, München 1986; *Jesse Ventura*, I ain't got Time to Bleed. Reworking the Body Politic From the Bottom Up, New York 2000.
- 6 Vgl. *Robert Lorenz* / *Matthias Micus*, a.a.O. (Fn. 1).
- 7 Vgl. *Moritz Küpfer*, Politik kann man lernen, Halle (Saale) 2013.
- 8 Die Verfasser schreiben zwar, dass sich ein Seiteneinsteiger dadurch auszeichnet, dass er nicht die klassische Ochsentour in den Parteien absolviert. Warum jedoch gerade die untersuchten 23 Politiker in die Analyse aufgenommen werden, begründet das Kriterium der fehlenden Ochsentour alleine jedoch nicht. Zumal dieses Kriterium bei stringenter Anwendung (siehe Definition oben) einige Politiker nicht als Seiteneinsteiger identifiziert, die bei *Robert Lorenz* / *Matthias Micus*, a.a.O. (Fn. 1) in der Porträtsammlung auftauchen – etwa *Otto Schily* oder *Matthias Platzeck*.

steigern. So wird die Bedeutung eines Mentors angesprochen, der erstens die Rekrutierung und zweitens die Instruktion eines Seiteneinsteigers übernimmt. Zudem wird auf den Zeitpunkt des Einstieges, die berufliche Vorprägung oder die Frage der Parteizugehörigkeit eingegangen. Allerdings formulieren die Verfasser keine expliziten Erfolgsbedingungen für Seiteneinsteiger – was angesichts der Anlage der Untersuchung als Porträtsammlung auch nicht zu leisten ist.

Eine umfassende Bestandsaufnahme des Seiteneinsteiger-Phänomens in Bundestag, Bundesregierung und unter den Kandidaten (Bundeskanzler, Bundespräsident und Schattenkabinett) findet sich bei *Küpper*⁹: Neben einer ausführlichen statistischen Grundlage des Seiteneinsteigertums – deren Anteil an Positionen auf Bundesebene beträgt rund sieben Prozent – findet sich dort eine detaillierte Analyse der Rahmenbedingungen für Seiteneinsteiger in den einzelnen Parteien; zudem werden systembedingte und individuelle Erfolgsfaktoren für den Einstieg in die Politik, aber auch für den weiteren Karriereverlauf identifiziert. *Küpper* reicht dabei seinen deskriptiven Überblick über die Seiteneinsteiger mit qualitativer Evidenz aus Interviews an. Auf Basis dieser umfangreichen Materialsammlung plädiert er für eine Anerkennung von Politik als Beruf und einer Entmythologisierung von Seiteneinsteigern: „Das Seiteneinsteigertum ist ein gesellschaftlich überschätztes Phänomen: Die Aufmerksamkeit, die Seiteneinsteigern in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird, steht in keiner Relation zu ihrem Einfluss auf das politische Geschäft und die Gesellschaft.“¹⁰

Weitaus ergiebiger ist der Forschungsstand zu Karriereverläufen von Politikern allgemein. Als erster deutscher Politikwissenschaftler hat sich *Dietrich Herzog* im Zuge seiner zahlreichen Karriere-Studien¹¹ mit Seiteneinsteigern in der Politik beschäftigt: Untersucht wurde dabei die politische Führungsschicht in Regierung, Parlament und Parteien der Bundesrepublik Deutschland. In seiner grundlegenden Studie aus dem Jahr 1975 spricht *Herzog* noch nicht von „Seiteneinsteigern“, sondern identifiziert die „cross-over“-Karriere als eines von drei Karrieremustern. Diese deckt sich jedoch nahezu mit der oben vorgeschlagenen Definition: *Herzog* versteht darunter einen direkten Wechsel in eine politische Führungsposition ohne vorherige Laufbahn in einer Partei oder Erfahrung in Wahlämtern – ein Karrieremuster, das laut *Herzog* in Deutschland „äußerst selten“ vorkomme. Nach seiner hatten seinerzeit rund 60 Prozent der bundesdeutschen Politiker die Standardkarriere absolviert, nur rund zehn Prozent eine unmittelbare „cross-over“-Karriere. Zu ähnlichen Befunden kommt auch *Anwar Syed Ali*¹², der an *Herzogs* Pionierarbeit anschließt und neben den Laufbahnen von Regierungsmitgliedern auch die von beamteten Staatssekretären untersucht. Er schätzt den

9 Vgl. *Moritz Küpper*, a.a.O. (Fn. 7).

10 Ebenda, S. 345.

11 Vgl. *Dietrich Herzog*, Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU, SPD und FDP, in: *Jürgen Dittberner / Rolf Ebbighausen* (Hrsg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S. 109 – 131; *Dietrich Herzog*, a.a.O. (Fn. 2); *Dietrich Herzog*, Der moderne Berufspolitiker. Karrierebedingungen und Funktion in westlichen Demokratien, in: *Hans Georg Wehling* (Hrsg.), Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990, S. 28 – 51; *ders.*, Zur Funktion der Politischen Klasse in der sozialstaatlichen Demokratie der Gegenwart, in: *Thomas Leif / Hans-Josef Legrand / Ansgar Klein* (Hrsg.), Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand. Bonn/Berlin 1991, S. 126 – 149; *ders.*, Die Führungsgremien der Parteien. Funktionswandel und Strukturentwicklungen, in: *Oscar W. Gabriel / Oskar Niedermayer / Richard Stöss* (Hrsg.), Parteidemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 301 – 322.

12 Vgl. *Anwar Syed Ali*, Karrierewege und Rekrutierungsmuster bei Regierungsmitgliedern auf Bundesebene von 1949 bis 2002, Halle (Saale) 2003.

Anteil von „cross-over“-Karrieren unter allen bundesdeutschen Regierungsmitgliedern zwischen 1949 und 2002 (Kanzler, Minister und Staatssekretäre) auf nur drei Prozent. Insgesamt, so sein Ergebnis, dominieren Politikprofis in zweiter Karriere bei den Regierungsmitgliedern (67 Prozent); reine Berufspolitiker machen – entgegen der verbreiteten Meinung – nur 30 Prozent aus. Damit scheint auch heute noch folgende Aussage *Herzogs* aus dem Jahr 1975 ihre Gültigkeit zu haben: „Nur in Ausnahmefällen gestattet das Selektionssystem einen unmittelbaren Sprung in eine Spitzenposition; die Voraussetzung dafür ist entweder eine führende Rolle in einem einflussreichen Verband, ein bedeutendes Staatsamt oder eine wichtige Berufsposition insbesondere in großen Wirtschaftsunternehmen.“¹³

Einen ähnlichen Ansatz wie *Herzog* und *Syed Ali* verfolgt auch *Lars Vogel*¹⁴ mit seiner Untersuchung über die Rekrutierungswege von Ministern auf Landes- und Bundesebene. Für den Zeitraum von 1990 bis 2005 durchleuchtet er die Lebensläufe der Personen, die erstmalig als Minister rekrutiert wurden. Dabei vergleicht er die Riege der Minister mit der Gruppe der jeweiligen Parlamentarier und stellt im Hinblick auf Seiteneinsteiger fest, dass sich deren Anteil jeweils nur geringfügig unterscheidet: „Von den einfachen Abgeordneten erlangten 22 Prozent ihr erstes Mandat ohne innerparteiliche oder kommunale Position, bei den späteren Ministernovizen betrug dieser Anteil 26 Prozent.“ Auf Grundlage dieser Zahlen kommt Vogel zu dem Ergebnis, dass der „Aufstieg in ein Ministeramt in Deutschland zumeist mit einer politischen Karriere verbunden ist, deren zentrale Bestimmungsfaktoren durch die dominante Stellung der Parteien, den Parlamentarismus, aber auch durch die Bedingung der politischen als einer notwendig professionalisierten Tätigkeit gebildet werden.“¹⁵

Ebenfalls auf Landesebene untersuchen *Jens Borchert* und *Klaus Stolz*¹⁶ Politikerkarrieren in den Parlamenten und unterscheiden zwischen Aufsteigern (in der Regel von Kommunalpolitik oder Parteiamt in Landespolitik), Absteigern (von Bundespolitik in Landespolitik) und Seiteneinsteigern. Ihrer Analyse zufolge sitzen in deutschen Landesparlamenten maximal 20 Prozent Seiteneinsteiger, eher jedoch weniger.¹⁷ Als ein wichtiges Merkmal der Seiteneinsteiger (im Vergleich zu Auf- und Absteigern) identifizieren die Verfasser deren Nominierung über Listenmandate.¹⁸ Eine tiefere Analyse dieser Gruppe erfolgt jedoch nicht.

*Andreas K. Gruber*¹⁹ aktualisiert und ergänzt in seiner Untersuchung politischer Karrieren die Forschungen *Herzogs* und stellt fest, dass dessen zentralen Ergebnisse auch „nach vier Jahrzehnten keineswegs veraltet“²⁰ sind: So dominierten in Deutschland konventionelle

13 *Dietrich Herzog*, a.a.O. (Fn. 2), S. 219.

14 Vgl. *Lars Vogel*, Die Rekrutierung von Ministern in Deutschland – Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Rekrutierungsfunktion der Parlamente, Jena 2006.

15 Ebenda, S. 129.

16 Vgl. *Jens Borchert / Klaus Stolz*, Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: PVS, 44. Jg. (2003), H. 2, S. 148 – 173.

17 Ebenda, S. 156: „Die Zahl der ‚Seiteneinsteiger‘ ohne vorherige politische Erfahrung ist sicher nicht größer als 405 Abgeordnete oder 20,8 Prozent – tatsächlich dürfte diese Gruppe jedoch noch kleiner sein. In den biografischen Selbstauskünften der Abgeordneten tauchen naturgemäß nicht immer alle vorherigen Ämter und Mandate auf, besonders, wenn es sich um eher untergeordnete und länger zurückliegende Positionen handelt.“

18 Vgl. ebenda, S. 157.

19 Vgl. *Andreas K. Gruber*, a.a.O. (Fn. 2).

20 Ebenda, S. 256.

Karrieren in der Politik, deren wichtigster Bestandteil die Ochsentour sei, wobei die Karrieren von Nachwuchspolitikern immer früher begannen – etwa in den Jugendorganisationen der Parteien. „Cross-Over-Karrieren“ im Sinne von *Herzog* stellen hingegen auch nach *Grubers* Analysen eine seltene Ausnahme dar.²¹ Während *Grubers* Arbeit, die auf einer Befragung basiert, wertvolle Hinweise zu den Karrieren von Spitzenpolitikern liefert, bleiben die Auskünfte zu den besonderen Merkmalen von Seiteneinsteigern jedoch – wie in den anderen erwähnten Studien auch – sehr rar.

Es liegen also vergleichsweise gut gesicherte Ergebnisse zu den beruflichen Laufbahnen von Politikern allgemein vor – wobei die Selektion über die Parteien (Ochsentour) die zentrale Voraussetzung für eine politische Karriere zu sein scheint. Im Gegensatz dazu steckt die wissenschaftliche Erforschung der Seiteneinsteiger noch in den Kinderschuhen. Aus den allgemeinen Studien ist zwar bekannt, dass diese eine Minderheit unter den Politikern ausmachen. Zudem werden einzelne Teilaspekte von Seiteneinsteiger-Karrieren (beispielsweise Nominierung über Listen) angesprochen. Eine systematische Analyse der Besonderheiten und Kennzeichen dieser Gruppe fehlt aber, weshalb dieser Beitrag Neuland betritt und folglich eher explorativ als theorietestend angelegt ist. Um eine systematische Analyse zu erleichtern, seien dennoch einige Hypothesen zu den Merkmalen von Seiteneinsteigern in die Politik vorgestellt.²²

2. Kennzeichen von Seiteneinsteigern: Einige tentative Hypothesen

2.1. Soziodemographische Merkmale

Ein wichtiges Kennzeichen von Seiteneinsteigern ist die Tatsache, dass sie vor dem Wechsel in die Politik in ihrem Beruf „herausragende, einflussreiche oder leitende Positionen inne haben“²³. Daraus folgt, dass sie zum Zeitpunkt des Antritts ihres Mandats älter sein sollten als ihre Kollegen im Bundestag.

Hypothese 1: Seiteneinsteiger sind zum Zeitpunkt des Einzugs in den Bundestag älter als die Gruppe der Nicht-Seiteneinsteiger.

Ebenfalls mit der Voraussetzung einer beruflichen Karriere außerhalb der Politik verbunden ist eine zweite Hypothese, die den Bildungsgrad der Seiteneinsteiger betrifft. Ein Quereinstieg in die Politik erscheint insbesondere dann möglich, wenn die „Qualität des privaten

21 Die Erkenntnis *Grubers*, dass politische Karrieren immer früher beginnen, steht im Einklang mit der These der Professionalisierung der Politik, die gleichzeitig die Chancen von externen Kräften schmälert. So vertrat *Klaus von Beyme*, *Der Begriff der politischen Klasse – Eine neue Dimension der Elitenforschung*, in: PVS, 33. Jg. (1992), H. 1, S. 4 – 32, S. 20, Anfang der 1990er-Jahre die These, dass die Professionalisierung der Politik zu weniger Durchlässigkeit geführt habe und Cross-Over-Karrieren vor allem in der Nachkriegszeit möglich waren: „Nach der ersten Regierung Adenauer hatten diese Fachmänner kaum eine Chance. *Leussink* war der letzte wenig erfolgreiche Fachmann ohne parteilichen Stallgeruch in einer Regierung.“

22 Vgl. auch *Andreas K. Gruber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 224.

23 *Dietrich Herzog*, a.a.O. (Fn. 2), S. 150.

Berufs²⁴ herausgehoben ist. Entsprechend ist zu erwarten, dass das Ausbildungsniveau der Seiteneinsteiger besonders hoch ist. Prominente Beispiele, die in den Porträts bei *Lorenz* und *Micus*²⁵ diskutiert werden, bestätigen diese Vermutung. So finden sich dort zum Beispiel die Professoren *Kurt Biedenkopf*, *Ralf Dahrendorf*, *Rita Süßmuth* oder – als vor dem tatsächlichen Einstieg gescheiterter Seiteneinsteiger – *Paul Kirchhof*.

Hypothese 2: Seiteneinsteiger haben einen höheren Bildungsabschluss als die Gruppe der Nicht-Seiteneinsteiger im Bundestag.

2.2. Politische Variablen

Das wichtigste Merkmal von Seiteneinsteigern ist die fehlende Ochsentour durch die Parteien. Dennoch sind sie auf die Unterstützung durch Parteien angewiesen – es sei denn, sie schaffen als unabhängige Kandidaten den Einzug in den Bundestag über ein Direktmandat in einem Wahlkreis (ein Szenario, das aufgrund der parteipolitischen Strukturierung des politischen Wettbewerbs auch auf Wahlkreisebene höchst unwahrscheinlich ist). Entsprechend stellt sich aus theoretischer und empirischer Sicht die Frage, in welchen Parteien eine höhere Wahrscheinlichkeit für Seiteneinsteiger besteht, ein Bundestagsmandat zu erringen. Für drei Parteien lassen sich auf Grundlage vorliegender Studien und theoretischer Überlegungen direkte Erwartungen ableiten. Erstens dürfte die FDP eher seiteneinsteiger-freundlich sein – nicht nur, weil sie vergleichsweise wenige Mitglieder hat, sondern auch aufgrund ihres Selbstverständnisses als liberale Partei: „Außerpolitische Berufserfahrung, wie sie für Seiteneinsteiger charakteristisch ist, wird in der FDP, in einem liberalen Klima von Individualitäts- und Honoratiorendenken, sogar besonders goutiert und kann sich folglich als enormer Vorteil erweisen.“²⁶ Zweitens stellt die SPD ein eher „seiteneinsteiger-feindliches Biotop“²⁷ dar, weil bei den Sozialdemokraten das historisch gewachsene Organisationsgeflecht sehr dicht sei und Engagement in der Partei einen besonders hohen Stellenwert genieße. Studien zur SPD bestätigen den lange Jahre wichtigen Einfluss der Parteifunktionäre.²⁸ Angesichts der Tatsache, dass vor allem die mittlere Parteiebene für die Aufstellung der Listen verantwortlich ist, erklärt dies die These, dass in der SPD die Wahrscheinlichkeit für einen Quereinstieg besonders gering sein sollte. Drittens ist ein deutsches Spezifikum zu beachten, das Abgeordnete betrifft, die aus den neuen Bundesländern stammen und nach 1990 in den Bundestag einzogen. Viele dieser Politiker haben keine Ochsentour im klassischen Sinne absolviert, da eine Mitgliedschaft in den Blockparteien der DDR damit nicht gleichzusetzen ist.²⁹ Für die SED-Nachfolgepartei PDS/Linkspartei, deren Bundestagsmit-

24 *Andreas K. Gruber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 216.

25 Vgl. *Robert Lorenz* / *Matthias Micus*, a.a.O. (Fn. 1).

26 Ebenda, S. 20.

27 Ebenda, S. 19 f.

28 Hierzu etwa die Einschätzung von *Franz Walter*, Vor dem großen Umbruch: Die SPD, in: *Volker Kronenberg* / *Tilman Mayer* (Hrsg.), *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?*, Freiburg 2009, S. 101 – 126, S. 112.

29 Eine detaillierte Analyse zur Transitionselite im deutsch-deutschen Einigungsprozess findet sich bei *Hans-Ulrich Derlien*, Elitenzirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionseliten 1989 – 1994, in: *Hellmut Wollmann*

glieder weit überwiegend aus den neuen Bundesländern stammen, ist daher zu erwarten, dass hier besonders viele Personen einen Seiteneinstieg geschafft haben. Zudem spricht das Selbstverständnis der Partei als sehr offene Wahlplattform – zum Beispiel über „offene Listen“ – dafür, dass Seiteneinsteiger hier außergewöhnlich gute Chancen haben. Diese drei unterschiedlichen Argumente lassen sich für eine systematische Untersuchung wie folgt zusammenfassen:

Hypothese 3a: In der Gruppe der Seiteneinsteiger finden sich besonders viele Mitglieder der FDP.

Hypothese 3b: In der Gruppe der Seiteneinsteiger finden sich besonders wenige Mitglieder der SPD.

Hypothese 3c: In der Gruppe der Seiteneinsteiger finden sich besonders viele Mitglieder der PDS/Linkspartei.

Neben diesen parteispezifischen Zusammenhängen lässt sich grundsätzlich erwarten, dass die Wahrscheinlichkeit für einen Seiteneinstieg in kleineren Parteien höher ausfällt als in großen Parteien. Theoretisch wird dies damit begründet, dass kleine Parteien aufgrund der geringeren Mitgliederzahl bessere Chancen für Kandidaten „ohne Stallgeruch“ bieten.³⁰ Daraus ergibt sich die Hypothese, dass die Chancen für einen Seiteneinstieg zwischen Klein- und Volksparteien systematisch variieren.³¹

Hypothese 4: In kleinen Parteien haben Seiteneinsteiger bessere Chancen als in großen Parteien.

In Deutschland haben Seiteneinsteiger grundsätzlich zwei Möglichkeiten, um in den Bundestag gewählt zu werden: Entweder gelingt es ihnen, ein Direktmandat in einem Wahlkreis zu gewinnen, oder sie werden über die Landesliste einer Partei gewählt. Wenn man der theoretischen Annahme der Literatur zu Karriereverläufen von Politikern folgt, so ist zu erwarten, dass Seiteneinsteiger insbesondere über Listenmandate in den Bundestag einziehen³², denn um einen Wahlkreis direkt zu gewinnen, ist es in der Regel notwendig, dort fest verankert und der dortigen Wählerschaft gut bekannt zu sein, während „die über Liste gewählten Amtsinhaber im Vergleich stärker von der regionalen Parteiorganisation abhängig sind“³³. Dies bedeutet nicht, dass Seiteneinsteiger ausschließlich Listenkandidaten sind – denn nur eine geringe Zahl der (meist nicht erfolgreichen) Bewerber kandidiert nur über

/ Hans-Ulrich Derlien / Klaus König / Wolfgang Renzsch / Wolfgang Seibel (Hrsg.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 329 – 415.

30 Robert Lorenz / Matthias Micus, a.a.O. (Fn. 1), S. 20.

31 Allerdings könnte man jedoch für die Grünen argumentieren, dass diese trotz ihrer „Kleinheit“ aufgrund der basisdemokratischen Organisation nur schlechte Chancen für Seiteneinsteiger bieten; vgl. ebenda, S. 20.

32 Vgl. ebenda, S. 19; Jens Borchert / Klaus Stolz, a.a.O. (Fn. 16), S. 157.

33 Vgl. Thomas Zittel / Thomas Gschwend, Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis. Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes von 2005, in: PVS, 48. Jg. (2007), H. 2, S. 293 – 321, S. 300.

eine Liste.³⁴ Allerdings ist anzunehmen, dass es Seiteneinsteiger als Direktkandidaten besonders schwer haben, in den Bundestag einzuziehen, da ihnen die lokale Machtbasis fehlt. Weil jedoch Direktkandidaten kleiner Parteien tendenziell geringere Chancen haben als diejenigen der großen Parteien CDU, CSU und SPD kann dieser „Listeneffekt“ nur für diese getestet werden.

Hypothese 5: Seiteneinsteiger von CDU, CSU und SPD im Bundestag haben ihre Mandate häufiger über Landeslisten erhalten als ihre Kollegen in der Gruppe der Nicht-Seiteneinsteiger.

2.3. Gelegenheitsfenster

Die einschlägige Literatur identifiziert historische Umbruchphasen als Chancen für den Quereinstieg in die Bundespolitik.³⁵ In diesen Phasen öffnen sich Gelegenheitsfenster, in denen Seiteneinsteiger einen besseren beziehungsweise einfacheren Zugang zu politischen Ämtern und Mandaten haben als sonst. Für Deutschland werden drei solcher Gelegenheitsfenster identifiziert: die Nachkriegszeit, die 1970er Jahre und die Jahre nach 1990. Die Argumentation für die Nachkriegszeit und die Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist dabei vergleichbar: In beiden Transitionsphasen lag die Wahrscheinlichkeit, keine parteipolitische Ochsentour absolviert zu haben, aus historischen Gründen höher. Den 1970er Jahren hingegen attestieren *Lorenz* und *Micus*, ein Jahrzehnt gewesen zu sein, „das für die zeitweilige Versöhnung von Geist und Macht steht und durch visionäre Grundsatzdebatten geprägt war“³⁶. Nach der Bundestagswahl 1969 konnte die SPD mit *Willy Brandt* erstmals den Bundeskanzler stellen, und dieser wollte seine neue Politik auch von neuen, frischen Gesichtern repräsentiert sehen.³⁷ Daher sind die 1970er Jahre weniger als Umbruchphase im oben erwähnten Sinn zu sehen, sondern vielmehr als ein Zeitraum, in dem Personen ohne parteipolitische Ochsentour aufgrund des herrschenden Zeitgeistes und des Regierungswechsels in Bonn bessere Chancen zum Cross-Over in die Politik hatten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit in der Analyse werden die drei Phasen trotz der Unterschiede in folgender Hypothese zusammengefasst:

Hypothese 6: In der Gruppe der Seiteneinsteiger sind, verglichen mit Nicht-Seiteneinsteigern, besonders viele in Umbruchphasen – der Nachkriegszeit, den 1970er Jahren und den Jahren nach der Deutschen Einheit – in den Bundestag eingezogen.

34 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm*, Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 539 – 553, S. 548; sowie *Marion Reiser*, Ausmaß und Formen des innerparteilichen Wettbewerbs auf der Wahlkreisebene: Nominierung der Direktkandidaten für die Bundestagswahl 2009, in: *Torsten Faas / Kai Arzheimer / Sigrid Roßteutscher / Bernhard Weßels* (Hrsg.), *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2013, S. 129 – 148, S. 131.

35 Vgl. *Moritz Küpper*, a.a.O. (Fn. 7), S. 93 – 99.

36 *Robert Lorenz / Matthias Micus*, a.a.O. (Fn. 1), S. 18.

37 Vgl. *Klemens Kremer*, *Der Weg ins Parlament. Kandidatur zum Bundestag*, Heidelberg / Hamburg 1982, S. 113 ff.

Ein weiteres Gelegenheitsfenster entsteht bei Parteineugründungen beziehungsweise beim erstmaligen Einzug von Parteien in den Bundestag. Zwei kausale Mechanismen sind hier wahrscheinlich: Einerseits haben neu gegründete Parteien einen Bedarf an politikaffinen Personen, mit denen sie in den politischen Wettbewerb eintreten wollen. Sie suchen also nach geeigneten Kandidaten – und sind deshalb besonders offen für Seiteneinsteiger. Andererseits haben Seiteneinsteiger in neu gegründeten Parteien bessere Nominierungschancen, da zum einen die parteipolitische Ochsentour kein zentrales Kriterium sein kann (die Partei besteht ja erst seit Kurzem) und zum anderen weniger Bewerber um eine Nominierung kämpfen. Entsprechend sollten Seiteneinsteiger insbesondere dann eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit eines Quereinstiegs in den Bundestag haben, wenn Parteien gerade neu gegründet sind.

Hypothese 7: In der Gruppe der Seiteneinsteiger befinden sich besonders viele Abgeordnete, die zurzeit einer Parteineugründung erstmals in den Bundestag eingezogen sind.

2.4. Reichweite der Hypothesen

Die Messlatte für die quantitative Auswertung liegt hinsichtlich der erwarteten Erklärungskraft vergleichsweise niedrig, denn in der politischen Karriereforschung analysiert man individuelle Lebensläufe, in deren Verlauf unzählige unvorhergesehene Ereignisse und Situationen sowie alle möglichen Konstellationen von Bedingungen vorliegen, die letztlich einen Seiteneinstieg ermöglichen oder verhindern. So ordnet etwa *Gruber* seine Ergebnisse zu konventionellen Karrieren von Spitzenpolitikern wie folgt ein: „Trotz der vielen gefundenen Muster und Ähnlichkeiten in politischen Karriereverläufen können auf dem Weg nach ganz oben viele Unwägbarkeiten, Rückschläge oder Zufälle auftreten. Wenn man davon ausgeht, dass jede Karriere in irgendeiner Form ein singuläres Phänomen ist, erscheint es doch beachtlich, dass mehr als jeder dritte Spitzenpolitiker exakt die gleichen Phasen einer Karriere mit den damit verbundenen Stationen durchläuft.“³⁸

Diese Einschätzung sollte in besonderem Maße auf die Analyse von Seiteneinsteigerkarrieren zutreffen. Hier sind, wohl noch mehr als im Fall konventioneller Karrieren, unterschiedliche Konstellationen von Variablen denkbar, die eine Person dazu veranlassen, einen Cross-Over in die Politik zu wagen. In diesem Sinne sind die hier formulierten Hypothesen zwar sicher dazu geeignet, Muster in den Daten freizulegen und zu klären, welche besonderen Merkmale die Gruppe der Seiteneinsteiger in den Bundestag auszeichnen. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass es gelingt, aus den Variablen ein statistisches Modell zu generieren, das den Seiteneinstieg in die Politik gut zu erklären vermag, denn die oben genannten Zufälle, die politischen Seiteneinsteigerkarrieren ermöglichen oder verhindern, tauchen – etwa in Regressionsmodellen – als nicht erklärte, zufällige Varianz auf.

38 Vgl. *Andreas K. Gruber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 235 f.

Tabelle 1: Überblick über unabhängige Variablen und Hypothesen		
Hypothese	Unabhängige Variable	Erwartete Wirkung im Vergleich zu Nicht-Seiteneinsteigern
<i>Soziodemographische Variablen</i>		
Hypothese 1	Einstiegsalter	Seiteneinsteiger älter
Hypothese 2	Bildungsgrad	Seiteneinsteiger mit höherem Bildungsgrad
<i>Politische Variablen</i>		
Hypothese 3a	Partei	Seiteneinsteiger häufiger bei FDP
Hypothese 3b	Partei	Seiteneinsteiger seltener bei SPD
Hypothese 3c	Partei	Seiteneinsteiger häufiger bei PDS/Linkspartei
Hypothese 4	Parteigröße	Seiteneinsteiger häufiger in kleinen Parteien
Hypothese 5	Mandat	Seiteneinsteiger bei CDU, CSU und SPD häufiger mit Listenmandat
<i>Gelegenheitsfenster</i>		
Hypothese 6	Umbruchphase	Seiteneinsteiger häufig in Umbruchphasen in den Bundestag gewählt
Hypothese 7	Parteiengründung	Seiteneinsteiger häufig im Zusammenhang mit Parteiengründungen in den Bundestag gewählt
Quelle: Eigene Zusammenstellung.		

3. Seiteneinsteiger im Deutschen Bundestag 1949 bis 2009

3.1. Daten und Methode

Um die Gruppe der Seiteneinsteiger im Bundestag systematisch auf ihre Besonderheiten hin zu untersuchen, wurde ein Datensatz erstellt, der alle Bundestagsabgeordneten zwischen 1949 und 2009 erfasst und für jeden einzelnen ausweist, ob er der Gruppe der Seiteneinsteiger zuzurechnen ist (gemäß obiger Definition). Da die Abgrenzung von beruflicher und politischer Laufbahn nicht immer ganz einfach ist³⁹, wurde auf detaillierte biografische Angaben der untersuchten Personen zurückgegriffen, wie sie aus Sammelwerken⁴⁰, Handbüchern des Bundestages⁴¹, Biographien, aber auch aus Presseartikeln, Auszügen aus dem Munzinger-Archiv, Internet-Auftritten sowie aus persönlichen Interviews gewonnen werden können.

39 Vgl. *Adalbert Hess*, Berufsstatistik der Mitglieder des 10. Deutschen Bundestages, in: *ZParl*, 14. Jg. (1983), H. 4, S. 486 – 489.

40 Überblicksweise etwa *Torsten Oppelland* (Hrsg.), *Deutsche Politiker 1949 – 1969*, 2 Bände, Darmstadt 1999; *Hans Sarkowicz* (Hrsg.), *Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Porträts*, München 1999; *Martin Schumacher* (eingeleitet und bearbeitet), *M.d.B.-Volksvertretung im Wiederaufbau 1946 – 1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 2000.

41 Zu den rechtlichen Angabepflichten in den Handbüchern der Parlamente vgl. *Hans-Ulrich Derlien / Stefan Lock*, Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, in: *ZParl*, 25. Jg. (1994), H. 1, S. 61 – 94.

Als gleichsam natürliche Vergleichsgruppe wurden diejenigen Politiker herangezogen, die keinen Seiteneinstieg gewählt haben, sondern – nach Herzog⁴² beziehungsweise Gruber⁴³ – entweder die Standard-Karriere (also Beruf parallel zur politischen Laufbahn innerhalb einer Partei) oder die „reine Polit-Karriere“ (politische Berufstätigkeit schon sehr früh als einzige Einkommensquelle). Entsprechend ist die abhängige Variable dieser Untersuchung dichotom: Entweder eine Person wird als Seiteneinsteiger kodiert oder nicht. Als Auswertungsmethode bietet sich angesichts der Nominalskalierung der abhängigen Variable eine logistische Regression an.⁴⁴

Bevor jedoch die Daten auf diese Weise ausgewertet werden, gibt der nächste Abschnitt zunächst einen einfachen deskriptiven Überblick über die Besonderheiten der Seiteneinsteiger im Bundestag.

3.2. Seiteneinsteiger im Überblick 1949 bis 2009

3.346 Mandate wurden im Untersuchungszeitraum im Deutschen Bundestag besetzt. Dabei kamen in 192 Fällen Quereinsteiger zum Zuge. Dies ergibt einen Anteil von sechs Prozent. Diese Quote entspricht dem durchschnittlichen Seiteneinsteiger-Wert, den Küpper ermittelt hat, liegt allerdings knapp über dem Anteil in der Exekutive (fünf Prozent) und deutlich unter der Quote der Kandidaten (15 Prozent).⁴⁵ Auffällig ist der hohe Anteil an hohen Listenabgeordneten: Insgesamt 126 Seiteneinsteiger, also knapp zwei Drittel, kamen so ins Parlament, nur 66 (35 Prozent) errangen ein Direktmandat.

Natürlich stammen die meisten Quereinsteiger von den beiden großen Parteien: Knapp 60 Prozent waren Mitglied bei CDU (circa 35 Prozent) oder SPD (circa 25 Prozent). Der CSU gehörten nur sechs Prozent an; der FDP zwölf, den Grünen und der PDS/Linkspartei je fünf Prozent. Insgesamt neun Prozent der Seiteneinsteiger waren in keiner Partei Mitglied, wobei das Gros der 17 Parteilosen entweder zur Fraktion der Linken (elf) oder zur Fraktion der Grünen (vier) gehörte.

Aufschlussreicher ist allerdings die relative Betrachtung – wobei hier auch die parteilosen Quereinsteiger den jeweiligen Parteien zugerechnet werden, auf deren Liste sie ein Mandat errangen. Hier fällt die Linke mit der höchsten Seiteneinsteiger-Quote auf: Durch die offenen Listen war fast jeder fünfte Abgeordnete, der für die Partei in den Bundestag einzog, ein Quereinsteiger. Insgesamt waren elf der insgesamt 21 Quereinsteiger der Linken parteilos. Mit sieben Prozent hatten auch die Grünen einen hohen Seiteneinsteiger-Anteil, der eben-

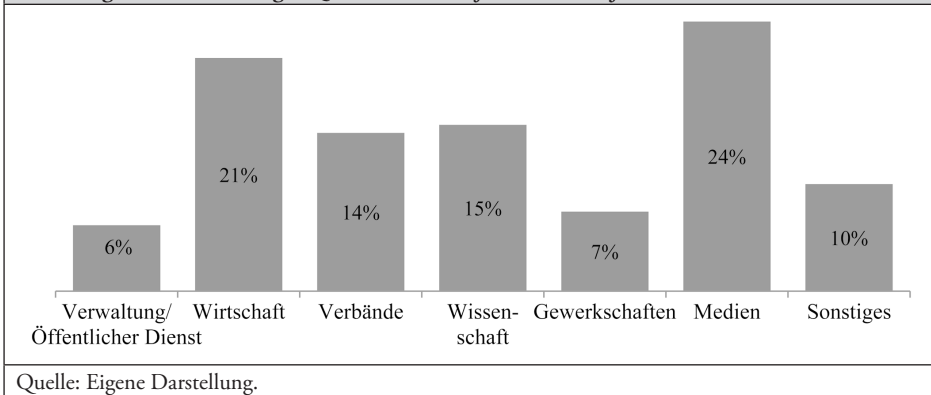
42 Vgl. *Dietrich Herzog*, a.a.O. (Fn. 2).

43 Vgl. *Andreas K. Gruber*, a.a.O. (Fn. 2).

44 Dabei wird die Wahrscheinlichkeit, dass eine Untersuchungseinheit die Ausprägung $Y=1$ annimmt, durch eine Linearkombination der verschiedenen unabhängigen Variablen vorhergesagt, wobei die Verbindung zwischen der dichotomen abhängigen Variablen und der Linearkombination (L) durch die logistische Funktion erfolgt. Vgl. *Klaus Backhaus / Bernd Erichson / Wulff Plinke / Rolf Weiber*, *Multivariate Analysemethoden*, Berlin 2005; *J. Scott Long / Jeremy Freese*, *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*, College Station 2006. Die Interpretation der Koeffizienten der logistischen Regressionsanalyse ist mithilfe vorhergesagter Wahrscheinlichkeiten und Effektkoeffizienten vergleichsweise intuitiv möglich, da die Regressionsgleichung letztlich abschätzt, welchen Einfluss die einzelnen unabhängigen Variablen auf die Wahrscheinlichkeit haben, dass das Ereignis „Seiteneinstieg“ auftritt.

45 Vgl. *Moritz Küpper*, a.a.O. (Fn. 7).

Abbildung 1: Seiteneinsteiger-Quoten nach beruflicher Herkunft



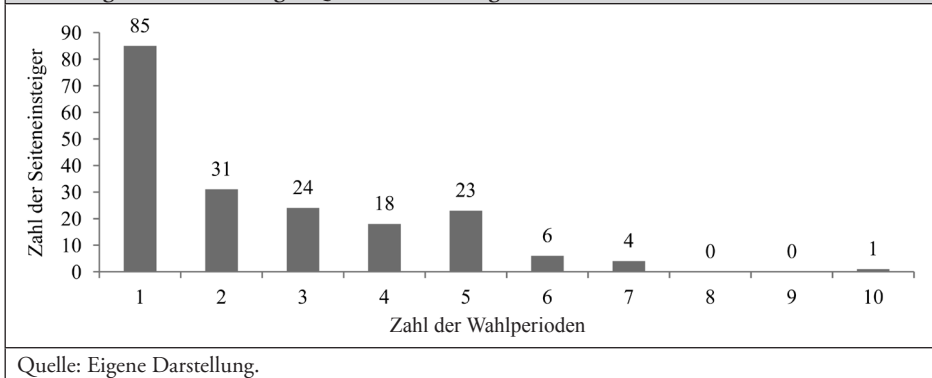
falls auf die offene Liste bei ihrem ersten Einzug 1983 zurückzuführen ist (insgesamt vier Parteilose). Die CDU besetzte sechs Prozent ihrer Bundestagsmandate mit Seiteneinsteigern. Zwar erreichte auch die FDP eine solche Quote, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau als die CDU. Diese besetzte im Untersuchungszeitraum insgesamt 1.131 Positionen, die FDP mit 342 Bundestagsabgeordneten nur ein Drittel davon. Bei der CSU war nur jeder 20. Bundestagsabgeordnete ein Quereinsteiger, bei der SPD kamen gar nur vier Prozent der insgesamt 1.175 Abgeordneten nicht aus der Politik.

Interessant ist in diesem Kontext auch der soziodemographische Hintergrund: Seiteneinsteiger sind – ähnlich wie ein Großteil der Führungskräfte in der Gesellschaft – überwiegend männlich. 86 Prozent Seiteneinsteigern stehen nur 14 Prozent Seiteneinsteigerinnen gegenüber. In absoluten Zahlen: 27 Frauen und 165 Männer wechselten durch ihre Wahl in den Bundestag in die Politik. Die Frauenquote unter den Seiteneinsteigern ist noch einmal – wenn auch nur geringfügig – niedriger als die Frauenquote unter den „normalen“ Bundestagsmitgliedern. Hier beträgt der weibliche Anteil 18 Prozent, damit aber vier Prozentpunkte mehr als in der Gruppe der Seiteneinsteiger.

Seiteneinsteiger gehören schon per definitionem zu den Menschen, die in ihrem Leben mindestens zwei Karrieren bestreiten: Vor den ersten Schritten in der Politik steht eine Zeit in einem privaten Beruf. Häufig prägt diese erste berufliche Laufbahn sehr stark und hat Auswirkungen auf die folgende, politische Karriere; gerade bei der Gruppe der Seiteneinsteiger ist es daher wichtig, ihre beruflichen Erfahrungen vor der Übernahme einer politischen Funktion zu untersuchen. Die folgende Darstellung unterscheidet dabei zwischen dem Berufssektor⁴⁶, in dem vor dem Einstieg in die Politik gearbeitet wurde, und dem Berufsstatus (Angestellter/Beamter, Arbeiter, Selbstständiger, Politiker, Sonstiges), der das Beschäftigungsverhältnis erfasst, aus dem sich wirtschaftliche Zwänge und Abhängigkeiten erkennen lassen.

46 Hier werden acht Kategorien unterschieden: „Politik“, „Verwaltung/Öffentlicher Dienst“, „Wirtschaft“, „Verbände und dritter Sektor“, „Wissenschaft“, „Gewerkschaften“, „Medien“ und „sonstige Sektoren“ (zum Beispiel Justiz, Kirche, etc.). Die Gewerkschaften wurden an dieser Stelle separat ausgewiesen und nicht den Verbänden zugeschlagen, um eine detailliertere Analyse dieser doch recht homogenen Kategorie zu ermöglichen. Unter die heterogenere Gruppe der Verbände fallen insofern alle anderen Interessenverbände, aber auch Stiftungen oder Hilfswerke.

Abbildung 2: Seiteneinsteiger-Quote im Bundestag nach Verweildauer



Fast die Hälfte der Seiteneinsteiger war vor ihrem Wechsel in die Politik in der Verwaltung (39 Personen) oder Wirtschaft (52) tätig. Eine weitere größere Gruppe kam aus der Wissenschaft (23) und von Verbänden (24). Es ist unübersehbar, dass die berufliche Herkunft der Seiteneinsteiger sehr heterogen ist.

Hinsichtlich des Status standen 38 Prozent der Seiteneinsteiger vor ihrem Wechsel in die Politik in einem Arbeitsverhältnis als Beamter oder Angestellter. Diese Gruppe hat den Vorteil, dass sie den „Ausflug in die Politik“ erheblich risikoloser bestreiten kann, da ihnen – jedenfalls prinzipiell – ein Rückkehrrecht offensteht.⁴⁷ Dass dies bei Selbstständigen in der Regel schwieriger ist, mag dazu beigetragen haben, dass nur knapp jeder fünfte Seiteneinsteiger vor seinem Wechsel in die Politik selbstständig tätig war.

Bezüglich der Verweildauer im Parlament zeigte sich bei *Küpper*⁴⁸, dass Seiteneinsteiger in allen Bereichen in etwa gleich lang in der Politik bleiben wie Berufspolitiker. Dieser grundsätzliche Trend scheint sich auch für den Bundestag zu bestätigen: Die meisten Seiteneinsteiger (85 von 192) haben ihr Mandat nur eine Wahlperiode (oder weniger) inne, während ganz lange Verweildauern von mehr als fünf Wahlperioden selten sind.

Einzig die Quote der Abbrecher, die nur höchstens ein Jahr im politischen Betrieb blieben, ist mit knapp zwei Prozent sehr gering. Darunter findet sich mit dem verstorbenen „Spiegel“-Herausgeber *Rudolf Augstein*, der in den 1970er-Jahren insgesamt nur zehn Wochen im Parlament saß, ein prominentes Beispiel.

3.3. Seiteneinsteiger im Vergleich zu anderen Abgeordneten

Die Untersuchung der Seiteneinsteiger allein verstellt den Blick für deren Besonderheiten in Abgrenzung zu den ‚normalen‘ Bundestagsabgeordneten. Anders formuliert: Erst der Vergleich mit einer Kontrastgruppe ermöglicht es, die Besonderheiten der Seiteneinsteiger genauer zu analysieren.

⁴⁷ Vgl. *Hans Herbert von Arnim*, *Volksparteien ohne Volk*. Das Versagen der Politik, München 2009; *Wolfgang Hoffmann*, *Die Macht der Beamten*, in: *Zeit Online* vom 8. Oktober 1998, http://www.zeit.de/1998/42/Die_Macht_der_Beamten (Abruf am 7. August 2013).

⁴⁸ Vgl. *Moritz Küpper*, a.a.O. (Fn. 7), S. 100.

Tabelle 2: Bildungsabschlüsse von Seiteneinsteigern und Nicht-Seiteneinsteigern im Bundestag 1949 bis 2009 (in Prozent, in Klammern absolute Zahlen)

	Nicht-Seiteneinsteiger		Seiteneinsteiger		Gesamt	
Ohne Abschluss	0,4	(12)	0,5	(1)	0,4	(13)
Schulabschluss	1,3	(42)	1,0	(2)	1,3	(44)
Ausbildung	30,7	(957)	26,0	(50)	30,4	(1.007)
Abitur	1,3	(41)	1,0	(2)	1,3	(43)
Studium	43,4	(1.353)	32,3	(672)	42,8	(1.415)
Promotion	21,1	(657)	31,3	(60)	21,7	(717)
Habilitation	1,7	(54)	7,8	(15)	2,1	(69)
Gesamt	100	(3.116)	100	(192)	100	(3.308)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Die folgende Auswertung ist in zwei Teile gegliedert. Zunächst werden die einzelnen Variablen hinsichtlich ihres bivariaten Einflusses auf die Unterschiede zwischen der Gruppe der Seiteneinsteiger und der Nicht-Seiteneinsteiger untersucht. Im zweiten Schritt erfolgt die Analyse des partiellen Einflusses der Variablen unter Kontrolle aller anderen Einflussfaktoren.

Bivariate Analyse

Mit dem Alter und dem Bildungsgrad wurden in bisherigen Studien zwei soziodemographische Variablen als mögliche Besonderheiten der Gruppe der Seiteneinsteiger benannt (vgl. Hypothese 1 und Hypothese 2). Für das gesamte Sample der Bundestagsabgeordneten zeigt sich, dass Seiteneinsteiger im Schnitt knapp 1,5 Jahre älter sind, wenn sie in den Bundestag einziehen, als ihre Kolleginnen und Kollegen (46,9 beziehungsweise 45,5 Jahre mit einer Standardabweichung von 10,0 beziehungsweise 9,2).

Bedeutendere Unterschiede treten hinsichtlich des Bildungsgrads auf (vgl. Tabelle 2): Die Quote der Promovierten und Habilitierten liegt unter den Seiteneinsteigern deutlich höher als unter den Nicht-Seiteneinsteigern. Besonders auffällig ist der Unterschied bei der Habilitation: Während weniger als zwei Prozent der Nicht-Seiteneinsteiger habilitiert sind, sind es fast acht Prozent der Seiteneinsteiger.

Zusammenfassend ergeben sich also aus dieser ersten Betrachtung Hinweise dafür, dass Seiteneinsteiger beim Einstieg in die Politik zum einen älter sind (Hypothese 1) und zum zweiten deutlich höher gebildet (Hypothese 2), wobei starke Unterschiede insbesondere bei Promotion und Habilitation auftreten – was bei letzterer nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürfte, dass in den 1970er Jahren viele Professoren (und damit Habilitierte) ins Parlament einzogen.

Zur Frage, ob die Chancen für Seiteneinsteiger in verschiedenen politischen Parteien unterschiedlich hoch sind, liegen in bisherigen Studien keine gesicherten Erkenntnisse vor. Theoretisch erwarten *Lorenz* und *Micus* jedoch insbesondere von der FDP und der SPD nennenswerte Einflüsse, wobei Seiteneinsteiger bei den Liberalen besonders gute Einstiegschancen hätten und bei den Sozialdemokraten besonders schlechte⁴⁹ (Hypothesen 3a, b).

49 Vgl. *Robert Lorenz* / *Matthias Micus*, a.a.O. (Fn. 1), S. 19.

Tabelle 3: Seiteneinsteiger und Nicht-Seiteneinsteiger in SPD, FDP und PDS (in Prozent, in Klammern absolute Zahlen)

	Nicht-Seiteneinsteiger		Seiteneinsteiger		Gesamt	
Nicht-FDP	89,3	(2.816)	89,6	(172)	89,3	(2.988)
FDP	10,7	(338)	10,4	(20)	10,7	(358)
Nicht-SPD	64,3	(2.027)	75,5	(145)	64,9	(2.172)
SPD	35,7	(1.127)	24,5	(47)	35,1	(1.174)
Nicht-PDS	97,5	(3.075)	94,8	(182)	97,3	(3.257)
PDS	2,5	(79)	5,2	(10)	2,7	(89)
Gesamt	100	(3.154)	100	(192)	100	(3.346)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.						

Für die FDP lässt sich dieses Ergebnis bei einer ersten Auswertung der Daten nicht bestätigen (Tabelle 4). Die Zahl der FDP-Mitglieder unter den Abgeordneten ist bei Seiteneinsteigern und Nicht-Seiteneinsteigern sehr ähnlich. Bei den Sozialdemokraten scheint die These jedoch zuzutreffen: Während rund 35,7 Prozent der Bundestagsabgeordneten im Untersuchungszeitraum der SPD angehörten, lag der Anteil in der Gruppe der Seiteneinsteiger bei nur 24,5 Prozent.

Aufgrund des fehlenden demokratischen Parteienwettbewerbs in der DDR absolvierten viele Mitglieder des Bundestags aus den neuen Bundesländern mangels Gelegenheit keine parteipolitische Ochsentour, die Nicht-Seiteneinsteiger kennzeichnet. Weil insbesondere die SED-Nachfolgepartei PDS viele Abgeordnete aus den neuen Bundesländern in den Bundestag entsendet, sollte die Zahl ihrer Seiteneinsteiger dieses Merkmal besonders deutlich reflektieren. Daneben könnte man auch argumentieren, dass das Selbstverständnis der Partei – etwa die Tradition der „offenen Listen“ – den Seiteneinstieg für Politik-„Outsider“ erleichtert (Hypothese 3c). Die Daten unterstützen diese Erwartung – von 89 Bundestagsabgeordneten der PDS/Linkspartei waren zehn Seiteneinsteiger (vgl. Tabelle 3).⁵⁰

Auch die Größe einer Partei kann die Chancen für einen Seiteneinstieg beeinflussen, weil kleine Parteien aufgrund der geringeren Mitgliederzahl bessere Einstiegsmöglichkeiten für unbekanntere Kandidaten bieten – so ein Argument in der theoretischen Debatte (Hypothese 4). Vergleicht man die Zahl der Seiteneinsteiger in kleinen und großen Parteien – wobei die CSU als Volkspartei in Bayern als große Partei kodiert wird – ergibt sich ein gewisser, wenn auch kein gravierender Unterschied: In der Gruppe der Seiteneinsteiger sind rund 25 Prozent Mitglied einer kleinen Partei und 75 Prozent Mitglied einer Volkspartei, während das Verhältnis in der Gruppe der Nicht-Seiteneinsteiger bei 20 Prozent (kleine Partei) zu 80 Prozent (Volkspartei) liegt.

Eine in bisherigen Studien vergleichsweise häufig untersuchte Frage zielt auf die Art der Mandate ab, mit denen Seiteneinsteiger in das Parlament gelangen. Danach seien Listenmandate der Königsweg ins Parlament. Grund hierfür ist, so die Theorie, dass Seiteneinsteiger ohne Verankerung im Wahlkreis im direkten Duell geringere Chancen haben und daher mit Unterstützung der regionalen Parteielite über Listenplätze in den Bundestag gelangen sollten (Hypothese 5). Will man diesen Zusammenhang auswerten, ist es jedoch sinnvoll, sich auf die großen Parteien zu beschränken, da bei PDS/Linkspartei, den Grünen und der

⁵⁰ Diese Unterschiede zeigen sich auch und teilweise sogar noch deutlicher, wenn man anstatt der Parteimitgliedschaft die Fraktionsmitgliedschaft betrachtet.

Tabelle 4: Seiteneinsteiger und Nicht-Seiteneinsteiger in Umbruchphasen (in Prozent, in Klammern absolute Zahlen)

	Nicht-Seiteneinsteiger		Seiteneinsteiger		Gesamt	
Nicht-Umbruch	50,7	(1.600)	41,7	(80)	50,2	(1.680)
Umbruch	49,3	(1.554)	58,3	(112)	49,8	(1.666)
Nicht-Nachkriegszeit	78,9	(2.489)	70,8	(136)	78,5	(2.625)
Nachkriegszeit	21,1	(665)	29,2	(56)	21,5	(721)
Nicht 1970er	90,6	(1.856)	83,3	(160)	90,1	(3.061)
1970er	9,4	(298)	16,7	(32)	9,9	(330)
Nicht-Wendezeit	81,3	(2.563)	87,5	(168)	81,6	(2.731)
Wendezeit	18,7	(591)	12,5	(24)	18,4	(615)
Gesamt	100	(3.154)	100	(192)	100	(3.346)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

FDP der Gewinn eines Direktmandats sehr unwahrscheinlich ist beziehungsweise war – also ohnehin alle Abgeordneten ein Listenmandat innehaben.

Wenn man die Mitglieder des Bundestags zwischen 1949 und 2009 auswertet, die Mitglieder von CDU, CSU und SPD waren⁵¹, bestätigt sich diese Erwartung jedoch nicht: Es sind prozentual sogar etwas weniger Seiteneinsteiger über die Liste in den Bundestag eingezogen als Nicht-Seiteneinsteiger. Es scheinen hier also Unterschiede zwischen den Landesparlamenten⁵² und dem Bundestag zu bestehen.

Eine letzte These aus der Literatur zu Seiteneinsteigern behauptet, dass politische Umbruchphasen den Cross-Over in die Politik (Hypothese 7) erleichtern. Wertet man die Daten zu Quereinsteigern während der verschiedenen Umbruchphasen der deutschen Geschichte aus (vgl. Tabelle 4), so bestätigt sich in der Summe die Erwartung: In der Tat sind während Umbruchphasen mehr Seiteneinsteiger in den Bundestag gewählt worden als in Zeiten ohne politische Umwälzungen. Geht man jedoch ins Detail, ergeben sich nur für die Nachkriegszeit und die 1970er Jahre besonders nennenswerte Unterschiede, während in den Jahren der deutschen Wiedervereinigung der Zusammenhang gerade umgekehrt ist: Ausweislich der Daten kamen in den zwei Wahlperioden nach 1990 zwar mit 615 Abgeordneten viele neue Gesichter in den Bundestag; von diesen waren jedoch nur 24 Seiteneinsteiger. Dieses Ergebnis überrascht vor dem Hintergrund, dass für die PDS/Linkspartei ein hoher Anteil von Seiteneinsteigern nachgewiesen wurde und die PDS 1990 erstmals Sitze im Bundestag errang. Erklärt werden kann der hohe Anteil von Nicht-Seiteneinsteigern also nur durch die anderen Parteien, durch die in diesen Jahren zwar viele neue Mitglieder in den Bundestag kamen, jedoch wenige Seiteneinsteiger. Angesichts der geringen Größe der PDS ist hier eine Überkompensation des oben genannten Zusammenhangs durch die „großen“ Parteien vergleichsweise einfach zu erreichen.

Parteiengründungen eröffnen Seiteneinsteigern besonders gute Chancen auf einen Cross-Over in die Politik, da neue Parteien vergleichsweise „durchlässig“ sind und eine Ochsentour nicht notwendig ist. Zudem suchen neu gegründete Parteien häufig nach ge-

51 Nicht aufgenommen wurden die gewählten Vertreter der Volkskammer, die zwischen Oktober und Dezember 1990 Mitglieder des Bundestags waren, da sie aufgrund des Wahlrechts zur freien Volkskammerwahl allesamt über Listen gewählt wurden.

52 Vgl. Jens Borchert / Klaus Stolz, a.a.O. (Fn. 16).

eigneten Kandidaten, weil das Reservoir an Anwärtern auf ein Mandat klein ist. Die Daten für den Bundestag bestätigen in der Tendenz, dass innerhalb der Gruppe der Seiteneinsteiger der Anteil derer, die in neugegründeten Parteien in den Bundestag kamen, höher ist als in der Gruppe der Nicht-Seiteneinsteiger (16,7 Prozent im Vergleich zu 13,8 Prozent).

Die bisherigen Auswertungen haben gezeigt, dass einige der Hypothesen zu den spezifischen Unterschieden zwischen Seiteneinsteigern und „normalen“ Bundestagsabgeordneten einer einfachen bivariaten Betrachtung zuzutreffen scheinen. Allerdings bergen Kreuztabellen das Problem, dass Zusammenhänge ohne Kontrolle von Drittvariablen untersucht werden. Diese Schwäche wird im folgenden Abschnitt behoben, indem mithilfe einer logistischen Regressionsanalyse die Einflüsse der einzelnen Variablen unter Kontrolle aller anderen Einflussfaktoren ausgewertet werden.

Multivariate Analyse

Die Ergebnisse der multiplen logistischen Regression bestätigen im Großen und Ganzen die Zusammenhänge, die bereits in der bivariaten Untersuchung zu erkennen waren. Dies gilt vor allem für den Bildungsgrad (Hypothese 2). So ist einerseits die ordinale Variante der Variable durchweg signifikant, andererseits erhöht aber insbesondere die Habilitation die Chancen, als Seiteneinsteiger in den Bundestag einzuziehen. Dies zeigt sich im signifikant negativen Koeffizienten aller Dummy-Variablen, die alle zur Referenzkategorie Habilitation gemessen werden: Gehört eine Person nicht zum Kreise der Habilitierten sinkt die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der Seiteneinsteiger zu gehören, rapide. Dies gilt selbst für Promovierte: Sie haben eine dreifach so hohe Chance zur Gruppe der Nicht-Seiteneinsteiger zu gehören, als Habilitierte (siehe der Kehrwert des Effektkoeffizienten).

Für die Variablen zu den Parteien bestätigen sich multivariat die Ergebnisse der Kreuztabellen: Zum einen sitzen in der Tat besonders viele Seiteneinsteiger für die PDS/Linkspartei im Bundestag. Hier liegt die Chance für einen Seiteneinstieg etwa viermal so hoch wie bei der SPD (Referenzkategorie) – was Hypothese 3c zumindest im Vergleich zur SPD bestätigt. Zum zweiten scheint die SPD tatsächlich eine besonders ungeeignete Partei für den Seiteneinstieg in den Bundestag zu sein (Hypothese 3b). Darauf deuten die positiven Koeffizienten der Dummy-Variablen aller anderen Parteien hin, deren Aussage schlicht ist, dass in allen anderen Parteien die Seiteneinstiegchancen höher liegen als bei den Sozialdemokraten (die für die Dummy-Variablen die Referenzkategorie bilden). Die Hypothese, dass die FDP ein besonders gutes Umfeld für Seiteneinsteiger bietet, lässt sich auf Basis der Daten jedoch nicht halten. Zwar gilt dies im Vergleich zu Sozialdemokraten – allerdings scheinen die Chancen für den Cross-Over in der CDU (in Modell 3 sogar knapp signifikant) oder bei den Grünen⁵³ noch höher im Vergleich zur SPD zu liegen: Hypothese 3a lässt sich auf Basis der Daten also nicht halten. Ein letzter geradezu selbstverständlicher Parteeffekt (beziehungsweise Kein-Parteeffekt) sei der Vollständigkeit halber angemerkt: Die Wahrscheinlichkeit, Mitglied der Gruppe der Seiteneinsteiger zu sein, liegt – natürlich – am allerhöchsten, wenn

53 Analysiert man statt der Parteimitgliedschaften die Fraktionsmitgliedschaften, so ist die Wahrscheinlichkeit für Seiteneinsteiger bei den Grünen sogar signifikant höher als bei der SPD (Referenzkategorie). Alle anderen Ergebnisse für die Quereinstiegswahrscheinlichkeit werden bestätigt, wenn man statt der Parteimitgliedschaft die Fraktionszugehörigkeit der Bundestagsabgeordneten auswertet.

Tabelle 5: Ergebnisse der logistischen Regression

	(1)		(2)		(3)	
Einstiegsalter	0,011 (0,009)	1,01	0,009 (0,008)	1,01	0,004 (0,009)	1,00
Bildungsgrad	0,23*** (0,069)	1,25	0,18*** (0,064)	1,20		
Parteigröße	-0,36* (0,20)	0,70 1,44 (-)				
Nachkriegszeit	0,71*** (0,26)	2,04	0,79*** (0,25)	2,19	0,55** (0,21)	1,72
1970er Jahre	0,90*** (0,23)	2,47	0,92*** (0,23)	2,50	0,84*** (0,23)	2,31
Wendezeit	-0,56** (0,28)	0,57 1,75 (-)	-0,43* (0,25)	0,65 1,54 (-)	-0,51** (0,25)	0,60 1,66 (-)
Parteineugründung	-0,17 (0,29)	0,84 1,19 (-)	-0,31 (0,26)	0,73 1,38 (-)		
CDU			0,32 (0,20)	1,38	0,35* (0,20)	1,42
CSU			0,08 (0,35)	1,08	0,18 (0,35)	1,19
Grüne			0,65* (0,37)	1,92	0,66* (0,37)	1,93
FDP			0,24 (0,28)	1,28	0,27 (0,28)	1,32
PDS/Linkspartei			1,46*** (0,39)	4,30	1,31*** (0,39)	3,72
Sonstige Partei			0,46 (0,37)	1,59	0,49 (0,36)	1,64
Keine Parteimitgliedschaft			2,83*** (0,37)	17,03	2,84*** (0,38)	17,15
Kein Abschluss					-1,22 (1,10)	0,29 3,45 (-)
Ausbildung					-1,53*** (0,35)	0,22 4,60 (-)
Schulabschluss					-1,84** (0,80)	0,16 6,31 (-)
Abitur					-1,76** (0,81)	0,17 5,85 (-)
Studium					-1,59*** (0,35)	0,20 4,89 (-)
Promotion					-1,12*** (0,35)	0,32 3,08 (-)
Konstante	-4,38*** (0,57)		-4,61*** (0,50)		-2,10*** (0,56)	
N	3.128		3.308		3.308	
Pseudo R ²	0,036		0,066		0,074	

Anmerkung: Linke Spalte: Logit-Koeffizienten, Standardfehler in Klammern; Rechte Spalte: Effektkoeffizienten; Für negative Zusammenhänge ist die Stärke der Effektkoeffizienten aus Gründen der Vergleichbarkeit zudem als Kehrwert angegeben (kursiv und mit Minus versehen) (Dieter Urban / Jochen Mayerl, Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung, Wiesbaden 2011, S. 344); Signifikanzniveau: * p < .1, ** p < .05, *** p < .01; Pseudo R²: MacFadden.
Quelle: Eigene Berechnungen.

<i>Tabelle 6: Ergebnisse der empirischen Analyse im Überblick</i>		
Hypothese	Erwarteter Zusammenhang (im Vergleich zu Nicht-Seiteneinsteigern)	Empirischer Befund
<i>Soziodemographische Variablen</i>		
Hypothese 1	Seiteneinsteiger älter	Nicht bestätigt
Hypothese 2	Seiteneinsteiger mit höherem Bildungsgrad	Bestätigt; Habilitation besonders relevant
<i>Politische Variablen</i>		
Hypothese 3a	Seiteneinsteiger häufiger bei FDP	Nicht bestätigt
Hypothese 3b	Seiteneinsteiger seltener bei SPD	Bestätigt
Hypothese 3c	Seiteneinsteiger häufiger bei PDS/Linkspartei	Bestätigt
Hypothese 4	Seiteneinsteiger häufiger in kleinen Parteien	Bestätigt
Hypothese 5	Seiteneinsteiger bei großen Parteien häufiger mit Listenmandat	Nicht bestätigt
<i>Gelegenheitsfenster</i>		
Hypothese 6	Seiteneinsteiger häufig in Umbruchphasen in den Bundestag gewählt	Bestätigt; allerdings nur für Nachkriegszeit und 1970er Jahre, nicht für die Wiedervereinigung
Hypothese 7	Seiteneinsteiger häufig im Zusammenhang mit Parteineugründungen in den Bundestag gewählt	Nicht bestätigt
Quelle: Eigene Zusammenstellung.		

man als Bundestagsabgeordneter keiner Partei angehört – 17 der 42 parteilosen Mitglieder des Bundestages waren Seiteneinsteiger.

Der im bivariaten Vergleich aufgedeckte moderate Unterschied der Seiteneinsteigerquoten in kleinen und großen Parteien bestätigt sich in der multiplen logistischen Regression. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Seiteneinsteiger den Einzug in den Bundestag schafft, liegt in kleinen Parteien höher. Allerdings ist der Effekt vergleichsweise klein (Effektkoeffizient 1,44 [negativ]). Und auch Parteineugründungen (Hypothese 7) bieten – entgegen der Erwartung – Seiteneinsteigern offenbar keine besonders guten Möglichkeiten für den Cross-Over in die Politik.

Einen starken und signifikanten Einfluss auf die Chancen von Seiteneinsteigern üben hingegen Umbruchphasen aus. Wie schon im bivariaten Fall ist die Wahrscheinlichkeit, dass Bundestagsmitglieder zur Gruppe der Seiteneinsteiger gehören, etwa doppelt so hoch als sonst, wenn sie während der Nachkriegszeit (die ersten zwei Wahlperioden) oder in den 1970er Jahren in den Bundestag einzogen. Dabei ist der Effekt für die 1970er Jahre sogar noch etwas stärker als für die Nachkriegszeit – was die These der „Professorenschwemme“ unterstützt.⁵⁴ Im Gegensatz dazu ist der Effekt für die Zeit gleich nach der Wiedervereinigung zum einen schwächer und nur knapp signifikant; zum anderen weist er – wie schon in der Kreuztabelle – in die umgekehrte Richtung. In den Jahren 1990 bis 1998 war also die Chance, zu Nicht-Seiteneinsteigern zu gehören, etwa 1,5mal so hoch wie in den übrigen Jahren.

Zusammenfassend lässt sich für den Einfluss der einzelnen Variablen also sagen, dass insbesondere der Bildungsgrad, die Parteizugehörigkeit und die Parteigröße sowie besonde-

54 Vgl. Moritz Küpper, a.a.O. (Fn. 7), S. 96 f.

re Zeitperioden in der deutschen Geschichte die Chancen für den Seiteneinstieg in den Bundestag erhöht haben (vgl. Tabelle 5). Diese Ergebnisse sind signifikant und robust – auch wenn man Ausreißer und einflussreiche Fälle aus der Analyse ausschließt. Zwar ist die Anpassungsgüte der Modelle eher mäßig⁵⁵; dennoch ist dies unabhängig vom Gesamt-Modell-Fit ein nennenswertes Ergebnis – gerade vor dem Hintergrund, dass politische Karrieren natürlich von vielen Zufällen, überraschenden Gelegenheiten und Wendepunkten geprägt sind, die mit einer statistischen Analyse nur schwer freizulegen sind.

4. Nutzen und Grenzen quantitativer Analysen

Die empirische Untersuchung aller Seiteneinsteiger im Bundestag von 1949 bis 2009 bestätigt einige der Ergebnisse aus den wenigen vorliegenden qualitativen Studien: So sind Seiteneinsteiger im Vergleich zu den restlichen Bundesabgeordneten höher gebildet (und besonders häufig habilitiert), kamen oftmals in Umbruchphasen in den Bundestag (vor allem in der Nachkriegszeit beziehungsweise in den 1970er Jahren) und sind häufiger in kleinen Parteien anzutreffen als in den großen Volksparteien CDU, CSU und SPD. Parteipolitisch scheint – wie erwartet – die SPD ein besonders ungünstiges Umfeld für Seiteneinsteiger zu bieten; günstig stehen die Chancen auf einen Quereinstieg hingegen in der PDS/Linkspartei. Nicht bestätigt haben sich hingegen zwei Vermutungen, die in der bisherigen Literatur besonders prominent diskutiert wurden: Zum einen sind Seiteneinsteiger nach den multivariaten Ergebnissen nicht nennenswert älter als ihre Kollegen im Parlament, zum anderen kamen sie nicht häufiger über die Liste in den Bundestag als über das Direktmandat. Daneben haben auch Parteineugründungen keinen signifikanten Einfluss auf die Chancen eines Seiteneinsteigers, in den Bundestag einzuziehen.

Diese Ergebnisse zeigen, dass eine quantitative Analyse eine systematischere Einordnung der Relevanz einzelner Merkmale von Seiteneinsteigern ermöglicht, während die Vorzüge von qualitativen Studien eindeutig in der Herausarbeitung spezifischer Karriereverläufe liegen und auf diese Weise schlecht quantifizierbare Hintergrundvariablen untersucht werden können. Dazu gehören zum Beispiel die Rolle von Mentoren oder persönliche Charakteristika, die ebenso wie weitere Details einzelner Lebensläufe über Interviews erschlossen werden können.

Daneben wäre ein Vergleich der Befunde der vorliegenden Analyse mit anderen Politikbereichen lohnenswert. So ließe sich beispielsweise untersuchen, ob sich die Seiteneinsteiger im Parlament stark von solchen in der Regierung unterscheiden. Auch könnte ein Ländervergleich zu Tage fördern, inwieweit unterschiedliche politische Systeme die Möglichkeiten für Seiteneinsteiger der Politik verbessern oder behindern. Insofern liefert diese Studie nicht nur Erkenntnisse über einen Abgeordnetentypus, an den sich viele – falsche – Hoffnungen knüpfen, sondern auch einen Ausgangspunkt, der für weitergehende Analysen dienen kann.

55 Dies ist zum Teil auch Folge der sehr ungleichen Verteilung der Gruppen. Untersucht man den Fit der Modelle etwas genauer als über die Pseudo-R²-Statistik, etwa über die Kovariatenmuster und den Pearson-Chi-Test oder den Hosmer-Lemeshow-Test oder mittels der Klassifikationstabellen, so zeigt sich, dass der „schlechte“ Modell-Fit vor allem aufgrund der sehr unterschiedlichen Ausgangs-Gruppengrößen zustande kommt. Unabhängig von der Anpassungsgüte weisen die Signifikanzen für die einzelnen Indikatoren dennoch darauf eindeutig hin, dass die oben diskutierten Variablen die Wahrscheinlichkeit steigern oder abschwächen.